

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Läden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der rebohnende Hungerarbeiter

6. Jahrgang



Dresden, Mittwoch den 1. Oktober 1933

Nummer 229

Das Raubprogramm der Brüning, Braun und Hindenburg perfekt!

1 Milliarde Ersparnis durch Gehaltsraub an den unteren Beamten und Streichung sozialer Ausgaben / Steuer- und Zollwucher für die Armen, Millionengeschenke für die Reichen / Aufhebung des Wohnungszwangs, Abschaffung und Einführung der Arbeitsdienstpflicht usw.

Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichsfürst Brüning hat gestern dem Reichspräsidenten Hindenburg und dem preussischen Ministerpräsidenten von Papen dem sozialdemokratischen Edo Braun, das Raubprogramm der Regierung vorgelesen. Anschließend hieran hat Brüning sich in einer Aussprache mit Braun die

Zustimmung Preußens im Reichsrat gesichert

Dann wurde das Regierungsprogramm veröffentlicht.

In der Begründung wendet sich Brüning nicht an den neu gewählten Reichstag, sondern er erklärt, daß die Regierung ihre Beschlüsse dem „deutschen Volk“ unterbreite. Das Programm wird weiter als „einheitlicher Plan“ bezeichnet. So wird von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß es sich um ein Diktaturprogramm handelt, zu dem der neue Reichstag zwar ja sagen darf, an dem die Regierung aber nichts ändern lassen will.

Rund 1 Milliarde Mark will die Reichsregierung im Haushaltsjahr 1933 auf Kosten der arbeitstätigen Massen ersparen.

20 Millionen Mark sollen von den Reichsbeamten, in der Hauptsache den kleineren Beamten, abgezogen werden. Ihre Gehälter, sowie die Versorgungsbezüge der Witwen und der Hinterbliebenen sollen vom 1. 4. 1931 ab auf die Dauer von 3 Jahren um 6 Prozent gesenkt werden. Die gleiche

Gehaltskürzung

soll bei der Reichsbahn und bei der Reichsbank, in den Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen.

100 Millionen Mark wird die Reichsregierung auf Grund der bei den Ländern und Gemeinden durchgeführten Gehaltskürzung weniger an die Länder und Gemeinden überweisen.

200 Millionen Mark sollen durch eine Ausgaben-

kürzung im Reichshaushalt eingespart werden durch die Abschnitte bei sozialen und kulturellen Ausgaben.

Die Pächtersteuer und der Erbschaftsteuerzuschlag zur Einkommensteuer bleiben unberührt.

167 Millionen Mark sollen durch Erhöhung der Zölle und Steuern, sowie durch Härtere Belastung des Tabaks gewonnen werden.

Gleichzeitig aber wird den Großgrundbesitzern und den Unternehmern ein Geschenk von 320 Millionen Mark durch Steuererleichterung gemacht. Diese 320 Millionen Mark werden den Hausbesitzern zufließen.

Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft sieht der Plan der Brüning-Regierung:

vollständigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

vor. Bis zum 1. April 1936 soll die Verwendung von öffentlichen Mitteln für Wohnungsbau abgebrochen werden. Am 1. April 1934 soll die endgültige Aufhebung des Wohnungsmangelsgesetzes erfolgen. Das Reichsbeamtengehalt und die Hinterbliebenen sollen am 1. April 1936 endgültig angehoben werden.

Außer diesem auf lange Zeit berechneten „Wirtschafts- und Finanzplan“ wird die Brüning-Regierung nach vorläufigem Einverständnis des Reichstages auf diktatorischem Wege einen anderen ungeheuerlichen Schlag gegen die arbeitstätigen Massen führen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden nach der Notverordnung des Reichspräsidenten

von 6% auf 12% Prozent erhöht

und gleichzeitig angeordnet, einen verstärkten Zwang zur Annahme angebotener Arbeit für Unterhaltlose, sowie praktisch die von den Nazis und Wirtschaftsparteien geforderte Arbeitsdienstpflicht durchzuführen.

Stalin bezahlt Hitler. Wie die tschechische SPD-Presse Diktaturprogramm anti-Prüning

Ungeheuerlich ist das Brüning-Programm, das die tschechische Proletariat ist erforderlich, der Kampf dem tschechischen Terror entgegenzutreten. Wie sieht es in diesem Augenblick die „linke“ SPD in Sachsen? Sagen Sie ihrem Parteiposten, Sie sind bereit, die Annahme des Brüning-Programms zu sichern? Mobilisieren Sie zum Streik gegen die in Kraft gesetzten Notverordnungen? Machen Sie zum Streik gegen den drohenden Abschluß der tschechischen Metallindustrie? Nützen Sie zur Bildung von Betrieben, um zum Kampf gegen den Werkstattdiktator aufzuzustehen? Zerreißen Sie das tschechische Programm in ihrer Partei und fordern Sie die tschechische Arbeiterbewegung, die revolutionäre Arbeiterbewegung auf? Sagen Sie den SPD-Arbeitern, daß sie organisatorische Verbundenheit mit der Partei von Braun und Hermann Müller ein Verbot an der Klasse, daß jeder Versuch, die Sozialdemokratische Partei aus dem Boden des Klassenkampfes zu reißen, für immer aussichtslos ist?

Sie denken nicht daran, die tschechische Einheit mit einem Braun, einem Müller, einem Müller zu verteidigen? Die Demokratie, die den Reichstag die Macht in die Hände stellt. Statt zum Kampf gegen die Bourgeoisie, rufen Sie die Arbeiterbewegung zum Kampf gegen den Bolschewismus!

Niederträchtig ist die tschechische Arbeiterbewegung, die sich dem Versuch der tschechischen Einheitsfront, die auf Verbrechen beruht heute morgen in der tschechischen SPD-Presse eine „Enthüllung über einen Geheimvertrag Stalin-Hitler“. Einem Delegierten von Paris entnommen, wird behauptet, daß Stalin der Arbeiterbewegung vor den Reichstagswahlen am 1. April 1933 die Bedingungen überbringen ließ, daß zwischen Stalin und den tschechischen Kommunisten und Führern der Hitlerpartei ein Abkommen geschlossen werden sollte. Als Gegenleistung für die tschechische Geldsumme sei die Hitlerpartei bereit, eine kommunistische Arbeiterregierung in Deutschland zu unterstützen.

Rur dem Gehirn der tschechischen antibolschewistischen Arbeiter können solche Behauptungen. Wir wandern nicht darüber, wenn die tschechischen Arbeiter in solchen dummen, wie verkommenen Behauptungen Zustimmung geben. Aber was macht die tschechische SPD-Presse daraus? Sie bringt es fertig und leitet von ihren Vorgesetzten als pure Wahrheit, als Beweismittel für eine tschechische tschechische „Hitler und Stalin“ da schreibt die „Weißer Arbeiterzeitung“:

500 Millionen Mark erhalten die Nazis für die Wahl von der Sowjetrepublik. Bolschewismus und Volkswirtschaften in Arm, um die sozialdemokratische Arbeiterbewegung niederzuringen. Wann wird die Ar-

Nieder mit diesem Landtag!

Nazis stimmen Notstandsbeihilfe nieder / SPD-Anträge als Demagogie entlarvt
Statt Kampf gegen Notverordnung Fortsetzung des Regierungsführhandels

Dresden, 1. Oktober.

Gestern tagte der Sächsische Landtag. Wir haben seit Wochen seine Einberufung gefordert. Die Parteien haben es verschoben. Sie hatten Grund dafür. Denn als wir gestern die sofortige Behandlung unserer Anträge bezüglich Notverordnung, Steuererleichterung, Auflösung dieses Scheinparlamentes usw. forderten, wurden wir niedergedrückt von allen Parteien.

Wir bringen den Bericht auf der 5. Seite. Nachstehend sind die Abstimmungen verzeichnet, die sich mit verschiedenen Anträgen bezüglich Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung und sonstigen Arbeitsfragen befaßten. Auch diese Abstimmungen zeigen, daß die SPD-Führer und Nazis die treuen Schildknappen der Kapitalisten auf allen Gebieten des Klassenkampfes sind.

Die Abstimmungen:

Angenommen wurde als erster ein sozialdemokratischer Antrag, die Arbeitslosenversicherung unter Verlangung der Unterstützung auf alle Berufsgruppen auszudehnen. Dieser Antrag ist in doppelter Hinsicht demagogisch. Einmal, weil mit der Durchföhrung dieses Antrages die Brüning-Regierung (!) beauftragt wird, und zweitens, weil es gerade Willkür war, der die Arbeitslosenversicherung abzuhauen.

Ebenfalls an die Brüning-Regierung (!) richtet sich ein Wohnungsbauprogramm, das zur Weiterberatung an den Ausschuss verwiesen wurde.

Ein kommunistischer Antrag wurde für die Arbeitslosenversicherung und Renten eine Erhöhung der Höhe von 40 RM für die Haupterwerbungsbezieher und 10 RM für deren Angehörige ver-

langt. Die Nazis entlarvt zu ihre feindliche Einstellung gegenüber den Opfern der kapitalistischen Barbarei, indem sie gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien diesen Antrag ablehnten. Ihr angenommenen Antrag, die Notverordnung zu erlassen, den Reichstagspräsidenten Mittel für die Beihilfen der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, ist nichts als pure Demagogie; denn in dieser Art und Weise in der Fassung verpflichtet er zu nichts und die Arbeitslosen können bei diesen nationalsozialistischen Anträgen verhungern.

Eine unerhörte, vom Schicksal Kennen durchkreuzte Demagogie leistete sich die SPD und ihre Landtagspräsident. Denn Wedel bei der Frage der Lehrlings-Einstellungen. Die SPD beantragte, die Regierung zu beauftragen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach unterstellt und verboten ist, Lehrlinge während der Dauer des Lehrvertrages wegen Betriebsänderung zu entlassen bzw. verurteilt arbeiten zu lassen. Die SPD versuchte durch einen „Zusatzantrag“ unseren Antrag Majorität zu machen, indem sie dasselbe von der Reichsregierung (!) forderte und damit praktisch die Durchführung einer solchen Maßnahme zu verhindern suchte. Der Landtagspräsident Wedel hatte den Zweck des sozialdemokratischen Mandats verstanden und unterließ die Abstimmung unseres Antrages. Erst der energische Protest des Gen. Renner erreichte die Abstimmung auch unseres Antrages. Und siehe da: die SPD stimmte gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien unseren Antrag nieder. So sieht die sozialdemokratische „Interessenvertretung“ der arbeitenden Jugend aus.

Ein kommunistischer Antrag, der unter Punkt 1 das Verbot der Zwangsarbeit und Zwangsverpflichtung jugendlicher Arbeiter und Arbeiter-